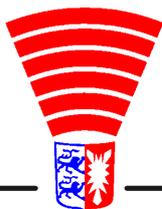


# DER LANDTAG SCHLESWIG



# HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

137/1999

Kiel, 17.11.1999

## **Parteiübergreifende Absage an Schily zur Abschaffung des Individualgrundrechts auf Asyl und Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland**

Kiel (SHL) – *Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Helmut Frenz, erklärte sich zufrieden mit dem bisherigen Verlauf des Rollenden Podiums zur Migrations- und Flüchtlingspolitik.*

Das Rollende Podium zur Migrations- und Flüchtlingspolitik tagte am Montag, den 15.11.99 in Neumünster unter Beteiligung von Politikerinnen und Politikern von SPD, Jutta Schümann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ministerin Angelika Birk, F.D.P., Dr. Bruno Dannmeier, und SSW, Lars Harms, in Neumünster.

Helmut Frenz: „Dabei konnte ich einen breiten Konsens im Hinblick auf das klare Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland sowie auf eine Absage an die Äußerungen von Bundesinnenminister Schily zur Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl feststellen. Einigkeit herrschte auch im Hinblick auf die längst überfällige Abschaffung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge (sog. „Blüm - Erlass“).“

Freilich gab es Differenzen hinsichtlich der Lösungsansätze, die jedoch teilweise von marginaler Bedeutung waren; Einwanderungsgesetz (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW,) - Zuwanderungsbegrenzungsgesetz (F.D.P.). Umstritten scheint auch nach wie vor die Definition des Begriffs der Integration zu sein und damit auch die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit. Während die einen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW) darunter ein Aufeinanderzugehen beider deutscher und nichtdeutscher Seiten verstehen und somit auch eine doppelte Staatsbürgerschaft in Kauf nehmen, sind die anderen der Ansicht, Integration bedeute eine einseitige Bemühung Nichtdeutscher, die logischerweise auch den Verlust der originären Staatsangehörigkeit nach sich ziehe.

Die Vertreter der Mitveranstalter von DRK, Petra Markowski-Bachmann, und Diakonisches Werk, Michael Frenzel, mahnten die Politikerinnen und Politiker insbesondere ihre Entscheidungen mehr an Sinnhaftigkeit und Praktikabilität auszurichten. So sei der sog. Asylkompromiss - wie sich in

Herausgegeben von  
der Pressestelle  
des Schleswig-  
Holsteinischen  
Landtages  
in 24105 Kiel,  
Landeshaus;  
24171 Kiel,  
Postfach 7121;  
Tel. (0431) 988  
Durchwahl App.  
1120 bis 1125  
und 1116 bis 1118  
Fax (0431) 988 1119  
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler  
Internet: <http://www.sh-landtag.de>  
e Mail: [Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de](mailto:Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de)

Diese Pressemitteilung ist auch über das Internet abrufbar: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)  
oder in Form des Pressetickers unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) bzw. [www.parlanet.de](http://www.parlanet.de).

Über den Presseticker können die Pressemitteilungen auch per E-Mail direkt abonniert werden.

der Praxis gezeigt habe - für die Betroffenen unerträglich. Dies betreffe das gesamte Asylbewerberleistungsgesetz sowie das Asylverfahren, im Hinblick auf Unterbringung, Aufenthaltsbeschränkung, Arbeitsverbot und extrem lange Verfahrensdauer.

Podium und Fachöffentlichkeit waren sich einig, dass es weiterhin vieler Anstrengungen bedarf, um zu einem für die Betroffenen zufriedenstellenden Ergebnis zu gelangen, welches letztlich auch dem hohen Anspruch des Grundgesetzes auf Verwirklichung der Menschenwürde Rechnung trägt.

Es wäre wünschenswert, so Frenz abschließend, wenn auf der Innenministerkonferenz am 18./19.11.99 ein derart konstruktives und sachliches Klima herrschen würde, wie es unter den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern herrschte.